II. Die Organisation der SPD und die Sozialstruktur ihrer Mitglieder und Reichstagskandidaten

Dieter Fricke

Die Entwicklung und Ausbreitung der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie 1875–1914 Probleme ihrer weiteren Erforschung und Darstellung

Vorbemerkung:

Das bewußt sehr umfassend gewählte Thema ermöglicht es auch nicht einmal annähernd, alle mit ihm verbundenen Fragen und Probleme zu erwähnen, geschweige denn näher auf sie einzugehen. Wie das vorläufige Programm des Kolloquiums erkennen läßt, ist außerdem die Gefahr von Überschneidungen und Redundanzen groß, so daß auch deshalb eine Auswahl getroffen werden mußte. Um die Anmerkungen wegen der Themenstellung nicht ausufern zu lassen, enthalten sie in der Regel nur Belege und den Verweis auf eigene, dort dann weiter dargelegte und präzisierte Positionen des Verfassers.

I

„Ein Element ihres Erfolges besitzt sie, *die Zahl*. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereinigt und Kenntnis sie leitet.“¹

(Karl Marx, 1864)

„Auch der größte Strom setzt sich in allererster Instanz aus lauter Tropfen zusammen, die aus den verschiedensten Quellen stammen. Das geht jeder großen Bewegung genau ebenso. Das Quellenerschließen und schließlich das Zusammenfassen und planmäßige Anwenden des Gesammelten ist aber zweierlei, und das letztere bewirkt die Partei, die zu diesem Zweck sich Plan und Grenzen ziehen muß.“²

(August Bebel, 1893)

In den vier Jahrzehnten von 1875 bis 1914 nahm die sozialistische Arbeiterbewegung im deutschen Reich einen mächtigen Aufschwung. Ihr damals auch internatio-

¹ Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16 (Berlin 1981) 12.

² August Bebel am 16. Januar 1893, in: IML (Berlin), ZPA, NL 22/22.

nal beispielloses Wachstum in die Breite äußerte sich in besonderem Maße in der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Bei ihrer Erforschung und Darstellung ergibt sich eine Reihe von Problemkomplexen, auf die im folgenden mehr beispiel- und thesenhaft eingegangen werden soll.

Erstens. Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz voll entfaltet und begann zugleich der Übergang zum Monopolkapitalismus. Zum beherrschenden gesellschaftlichen Widerspruch war der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit geworden, der auch die Klassenauseinandersetzungen um sozialen und politischen Fortschritt bestimmte.

Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune setzte eine Phase der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus ein, die für Deutschland und andere fortgeschrittene kapitalistische Länder bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges reichte. In diesen langen „Jahrzehnte(n) der europäischen ‚Windstille‘ von 1871 bis 1914“³ waren zwei Grundtendenzen wirksam.

Die eine war dadurch bestimmt, daß die unmittelbaren Voraussetzungen für revolutionäre Umwälzungen fehlten und die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie unter relativ friedlichen Bedingungen erfolgte. Infolgedessen spielte der parlamentarische Kampf eine besonders große Rolle, wobei jedoch der außerparlamentarische ebenfalls – zeitweilig sogar in beträchtlichem Ausmaß – wirksam war.

Der ersten Grundtendenz wirkte eine andere entgegen, die vor allem daraus resultierte, daß sich mit der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus die Widersprüche des gesellschaftlichen Lebens vertieften. Das kam z. B. in dem immensen Wachstum der Arbeiterklasse und in der Herausbildung eines modernen Fabrikproletariats ebenso zum Ausdruck wie in der Internationalisierung des Kapitals, mit der sich die Tendenz zur Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens der Völker und der Kampfbedingungen des Weltproletariats weiter ausprägte.

In den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam es nicht zu einer Stagnation des proletarischen Klassenkampfes oder etwa sogar zu seinem Abebben, sondern verschärfte er sich weiter. Die Arbeiterbewegung befand sich in einer Phase, in der es wesentlich darum ging, die Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln und auf künftige Klassenschlachten vorzubereiten. Seitdem um die Jahrhundertwende der Übergang zum Imperialismus erfolgte und der Vorabend der proletarischen Revolutionen begann, standen objektiv vor den Arbeiterparteien Aufgaben, die sie entsprechend den sich verändernden, neuen Kampfbedingungen zu lösen hatten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese zum Teil nicht unbeträchtlich in den Ländern modifiziert wurden, in denen die relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus erst mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges zu Ende ging.

Beide Grundtendenzen bestimmten die Entwicklung der Arbeiterorganisationen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Europas; in besonderem Maße auch die Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie.

³ W. I. Lenin, Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, in: Werke, Bd. 23 (Berlin 1979) 386.

Zweitens. Unser Untersuchungszeitraum ist inhaltlich entscheidend durch die Revolution von oben bestimmt, die mit der Reichsgründung von 1871 zum bürgerlichen deutschen Nationalstaat führte. War das Deutsche Reich zu Beginn noch ein Agrar-Industriestaat, so vollzogen sich in der Folgezeit grundlegende Wandlungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Bis 1914 hatte es sich zu einem Industriestaat entwickelt, der im Anteil an der Weltindustrieproduktion an die zweite Stelle vorge-rückt war. Im Hinblick auf das Thema wäre mehr beispielhaft und stichpunktartig auf solche Prozesse wie die folgenden hinzuweisen⁴.

- Das rasche absolute Wachstum der Arbeiterklasse verstärkt sich, wobei zugleich ihr prozentualer Anteil an der werktätigen Bevölkerung von 52,7 Prozent 1882 auf 56,8 Prozent 1907 anstieg.
- Die Zahl der Arbeiter in der Industrie wuchs bis 1907 auf 55 Prozent aller Arbeiter in Deutschland an. Das geschah besonders schnell in der Großindustrie, während die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft und in den vorwiegend Konsumgüter erzeugenden Betrieben zurückging.
- Die Qualifikations- und Berufsgruppenstruktur der Arbeiterklasse veränderte sich. Während die Zahl der gelernten Arbeiter – vornehmlich in der materiellen Produktion – rückläufig war, nahm die der ungelernten zu.
- Die städtische Bevölkerung verdreifachte sich, ohne daß jedoch trotz der starken Abwanderung vom Lande in die Stadt ein Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung erfolgte.
- Die regionale Standortverteilung der Produktivkräfte war für den gesamten Untersuchungszeitraum durch ihre ungleichmäßige räumliche Verbreitung gekennzeichnet. Innerhalb der Landwirtschaft erfolgte im wesentlichen keine grundsätzliche Veränderung in der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte.
- Mit dem verstärkten Übergang zum Industriestaat stand einer zunehmenden Dispersion in weiten Teilen des Deutschen Reiches eine sich intensivierende regionale Verdichtung an Produktivkräften mit der Tendenz zur Ausbildung von Ballungen wie in den Revieren des Ruhrgebietes und Oberschlesiens gegenüber.
- Ballungen als relativ höchste Konzentration von Produktivkräften führten zu einer hohen räumlichen Konzentration des Industrieproletariats.

Drittens. Der aus einer Revolution von oben hervorgegangene und mit Eisen und Blut geschaffene bürgerliche deutsche Nationalstaat wurde von der deutschen Sozialdemokratie als gegebene Tatsache hingenommen. Sie handelte damit im Sinne des von Friedrich Engels bereits 1866 geäußerten Gedankens: „... das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müssenden größe-

⁴ Siehe zum Folgenden besonders: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18. Wiss. Redaktion *Hans-Heinrich Müller*, in: Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 2 (Berlin 1985) 281 ff., 304 f. – *Dieter Baudis/Helga Nussbaum*, Wirtschaft & Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, in: Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hrsg. von *Helga Nussbaum/Lotte Zumpe* (Berlin 1978) Bd. 1, 53 ff.

ren Facilitäten zur *nationalen* Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können.“⁵

Bot der bürgerliche deutsche Nationalstaat der Arbeiterbewegung wesentlich günstigere Organisationsmöglichkeiten, so dürfen zugleich nicht die Erschwernisse übersehen werden, die sich aus seinem undemokratischen Charakter ebenso ergaben wie aus den oft beträchtlichen Unterschieden in den sozialökonomischen, politischen und staatsrechtlichen Verhältnissen und in der Ausprägung der Sozial- und Klassenstruktur.

Die deutsche Sozialdemokratie mußte in verschiedener Hinsicht dem Umstand Rechnung tragen, betonte Ignaz Auer in seinem Referat über das neue Parteistatut auf dem Parteitag von 1890 in Halle, „daß in der Organisationsfrage Mächte mitzureden haben, auf die einen Einfluß auszuüben, wir nicht in der Lage sind. Die Organisation kann und wird nicht so von uns geschaffen werden können, wie wir sie unserer Überzeugung nach für am geeignetsten und besten halten.“⁶

In Form und Inhalt wurde die sozialdemokratische Parteiorganisation wesentlich durch die objektive Aufgabe bestimmt, der Revolution von oben durch eine Bewegung von unten die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben (F. Engels).

Angesichts der bereits dargelegten Spezifik dieser Jahrzehnte nach 1871 und des bestehenden Kräfteverhältnisses der Klassen konnte es für die deutsche Sozialdemokratie nicht darum gehen, sich direkt darauf zu orientieren, die Monarchie zu beseitigen und eine demokratische Republik zu schaffen. Vielmehr mußte sie sich auf den Kampf um die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte des Volkes und auf die Konzipierung einer langfristigen demokratischen Alternative beschränken.

Dieser Kampf war für die deutsche Sozialdemokratie unlösbar mit einer sozialistischen Perspektive verbunden. Weil in ihr jedoch Auffassungen von der proletarischen Revolution dominierten, die diese „gleich mit ihrem *letzten Akt* anfangen lassen“ wollten⁷, gelang es der Partei zwar nicht, die Arbeiterbewegung und die demokratische Opposition im Volke auf ein einheitliches politisches Etappenziel zu orientieren⁸. Dennoch verdeutlicht gerade das von ihr gewonnene Wählerpotential, wie weit ihr Einfluß besonders auch in das städtische Kleinbürgertum hineinreichte und welchen realen Hintergrund August Bebels Worte von 1880 hatten: „Die Sozialdemokratie, die alleinige und wahre Vertreterin des Proletariats, marschiert an der Spitze aller Elemente, welche dem herrschenden sozialen und politischen System den Untergang bereiten und ein neues, der Gerechtigkeit und unserer Kultur entsprechendes Staats- und Gesellschaftssystem aufbauen wollen. Pflicht der Partei ist es deshalb, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um sich zu verstärken, aus halben Feinden sich Freunde,

⁵ Friedrich Engels an Karl Marx, 25. Juli 1866, in: MEW, Bd. 31 (Berlin 1983) 241. – Siehe zum Folgenden: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte – Protokoll einer historischen Begegnung (Manuskript) 136 ff.

⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890 (Berlin 1890) 115.

⁷ Friedrich Engels an August Bebel, 28. Oktober 1882, in: MEW, Bd. 35 (Berlin 1967) 382.

⁸ Siehe Ernst Engelberg, Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890 (Berlin 1959) 83 f.

aus Gegnern, die es nicht aus Klasseninteresse, sondern aus Unkenntnis sind, sich Anhänger zu verschaffen.“⁹

Viertens. Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune trat der internationale proletarische Befreiungskampf in eine neue Etappe ein. Für sie war besonders charakteristisch, daß sich sozialistische Massenparteien mit einer klassenmäßigen proletarischen Zusammensetzung und einem vom wissenschaftlichen Sozialismus bestimmten Programm herausbildeten. Das geschah beispielhaft in Deutschland. Hierher hatte sich seit 1871 von Frankreich der Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung verlagert, zu deren Vorhut nun die deutschen Arbeiter wurden.

Sie bildeten, wie Friedrich Engels im März 1895 anerkennend hervorhob, „die stärkste, die disziplinierteste, die am raschesten anschwellende Sozialistische Partei“¹⁰. Eine Partei,

- die es beispielhaft verstand, die im wilhelminischen Kaiserreich vorhandene bürgerliche Legalität zur Sammlung der Kräfte des deutschen Proletariats für den Kampf um dessen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu nutzen;
- die durch die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen neue Formen des Klassenkampfes entwickelte und auch damit zum Vorbild für die gesamte internationale Arbeiterbewegung wurde;
- in der sich, wie besonders das Erfurter Parteiprogramm 1891 bezeugt, der Marxismus durchsetzte, was sich für sie auch entscheidend für die Lösung der mit der Organisationsfrage verbundenen vielfältigen, komplizierten Probleme auswirkte¹¹;
- die der Arbeiterklasse vieler Länder bei der Aneignung der notwendigen „Kunst der langsamen, beharrlichen, systematischen Organisationsarbeit auf breiter und breitester Grundlage“¹² lange Zeit voranging.

Diese hervorragende Leistung ist jedoch nur dann voll verständlich, wenn sie in die Gesamtentwicklung der internationalen Arbeiterbewegung eingeordnet wird. Die deutsche Sozialdemokratie und die ihr politisch-ideologisch nahestehenden Arbeiterorganisationen, mahnte Friedrich Engels 1874, entwickelten sich auf „den Schultern der englischen und französischen Bewegung“, konnten sich deren „teuer erkaufte Erfahrungen ... einfach zunutze machen“, ihre damals meist unvermeidlichen Fehler jetzt vermeiden“¹³. Später – 1892 – warnte er davor, die organisatorischen Leistungen der deutschen Sozialdemokratie einseitig überzubewerten. Die sozialistische Bewe-

⁹ August Bebel, Die Aufgaben nach dem Parteikongreß in Wyden. Aufruf der sozialdemokratischen Parteileitung, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2: 1878 bis 1890. Erster Halbbd. bearb. von Ursula Herrmann/Heinrich Gemkow (Berlin 1978) 119.

¹⁰ Friedrich Engels, Einleitung (zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ [1895]), in: MEW, Bd. 22 (Berlin 1963) 518.

¹¹ Siehe Dieter Fricke, Die Organisationsfrage in der internationalen Arbeiterbewegung am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: ZfG XXII (1974) 1060 ff.

¹² W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: Werke, Bd. 24 (Berlin 1979) 62.

¹³ Friedrich Engels, (Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“), in: MEW, Bd. 18 (Berlin 1981) 516.

gung könne auf dem Kontinent weder ganz französisch noch ganz deutsch siegreich sein. „Während die Deutschen die Franzosen lehren müssen, das Wahlrecht auszunutzen und eine straffe Organisation zu schaffen, werden die Franzosen die Deutschen mit jenem revolutionären Geist erfüllen, den die Geschichte eines Jahrhunderts bei ihnen zur Tradition gemacht hat.“¹⁴

Eine Mahnung, die sich besonders seit der Jahrhundertwende als voll berechtigt erweisen sollte. „Das neue Jahrhundert“, schrieb Karl Kautsky 1902, „beginnt mit Ereignissen, die den Gedanken aufkommen lassen, daß wir einer weiteren Verlagerung des revolutionären Zentrums entgegengehen, und zwar einer Verlagerung nach Rußland.“¹⁵ Die deutsche Sozialdemokratie blieb zwar weiterhin die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale; aber im letzten Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg wurde Engels' Frage nach dem „revolutionären Geist“ immer dringlicher.

II

„... ich finde den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre machtvolle Organisation gerechtfertigt. Die Theorie ihres Befreiungskampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk. Und sie hat ihre Organisation aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten ...“¹⁶

(Clara Zetkin, 1913)

Zu den besten Kennern der mit der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie verbundenen praktischen Probleme gehörte Wilhelm Dittmann. Seit dem 1. Mai 1904 hauptamtlicher Parteisekretär für den Bezirk Frankfurt (Main), äußerte er sich im Zusammenhang mit Überlegungen zu ihrer Neugestaltung auch mehrfach zu ihrer Entwicklungsgeschichte. So schrieb er 1908:

„Unsere Parteiorganisation ist kein willkürlich nach abstrakten Ideen konstruiertes Gebilde, sondern ein historisch gewordener und vervollkommneter Organismus, dessen Fortentwicklung eine Folge des Erstarkens unserer Parteibewegung ist und dessen Formen sich aus den Betätigungsmöglichkeiten und -formen des Parteilebens ergeben ... Einrichtungen und Zustände, die einer bestimmten Entwicklungsstufe der Partei entsprechen und sich in ihr ganz vorzüglich bewährten, wurden von der Entwicklung überholt und genügten nicht mehr, sie wurden, teils mit, teils ohne Reibungen, durch neue ersetzt, die dem veränderten Stande der Bewegung besser entsprechen. Das gilt für die Gesamtpartei wie für die lokale Entwicklung.“¹⁷

In der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation zeichnen sich die folgenden Perioden ab:

1. 1875–1878; 2. 1878–1890; 3. 1890–1905; 4. 1905–1914.

¹⁴ Engels an Laura Lafargue, 14. Oktober 1892, in: MEW, Bd. 38 (Berlin 1980) 494.

¹⁵ Karl Kautsky, Die Slaven und die Revolution, in: März-Festschrift (Wien 1902).

¹⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913 (Berlin 1913) 315.

¹⁷ Wilhelm Dittmann, Zur Neugestaltung unserer Parteiorganisation, in: Die Neue Zeit (27.1) 1908/1909, 381, im folgenden zitiert: Dittmann, Zur Neugestaltung.

Am Beginn der *ersten Periode* steht die Vereinigung von SDAP und ADAV zur SAPD. Im Unterschied zum Programm entsprach das auf dem Gothaer Kongreß 1875 einstimmig beschlossene Organisationsstatut der marxistischen Konzeption der Eisenacher und nicht ebenfalls vorhandenen Auffassungen, die wegen der Klassenjustiz gegen eine neue Organisation waren und die Parteipresse bzw. einen organisierten parlamentarischen Kampf als einzig mögliche und aussichtsreiche Organisationsform ansahen.

In den Monaten nach dem Kongreß konnte sich die neue Parteiorganisation ausprägen, wobei Statut und Geschäftsordnung erkennen lassen, wie locker ihre Form wegen der reaktionären Vereinsgesetze in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten sein mußte. Am 30. März 1876 wurde die SAPD im Geltungsbereich des preußischen Vereinsgesetzes „vorläufig“ geschlossen und damit die weitere Beteiligung an sozialdemokratischen Vereinen, insbesondere aber auch die Beitragskassierung verboten. Mit ähnlichen Repressivmaßnahmen folgten andere deutsche Bundesstaaten, vor allem Bayern und Sachsen, kurze Zeit später.

Für Aussagen über die innere Entwicklung und den sehr unterschiedlichen territorialen Konzentrationsgrad der Parteiorganisation der SDAV in dieser Periode bieten sich hauptsächlich die folgenden Möglichkeiten.

Das sind zum einen Angaben über die auf den Kongressen vertretenen Mitglieder und über die Mandatsorte der Delegierten. Hierzu hat Hartmut Zwahr in jüngster Zeit eine interessante Studie vorgelegt, die einen statistischen Zugang versucht und wirtschafts-, sozial- und politikgeschichtliche Sachverhalte kombiniert¹⁸. Besonders aufschlußreich ist seine Tabelle mit zahlenmäßigen Angaben über die Reichsbevölkerung nach Bundesstaaten, Konfessionen (1871), gewerblich Erwerbstätigen bzw. Lohnarbeitern und Mitgliedschaften bzw. Mitgliedern der SAPD 1875¹⁹.

Nach wie vor bleiben allerdings die Angaben im Delegiertenverzeichnis des Gothaer Kongresses 1875 unvollständig bzw. problematisch. Was die SDAP betrifft, war sie mit 9121 Mitgliedern vertreten, während von ihr zehn Monate zuvor insgesamt etwa 14000 Mitglieder angegeben wurden; und angesichts der Praktiken der Führung des ADAV, überhöhte Mitgliederzahlen anzugeben, ist es zweifelhaft, ob die Delegierten des ADAV in Gotha tatsächlich 15332 Mitglieder vertraten²⁰.

Die Delegiertenverzeichnisse der Allgemeinen Sozialistenkongresse von 1876 und 1877 enthalten nur die Gesamtzahl der von den Delegierten vertretenen Orte (291 bzw. 251) und Mitglieder (38254 bzw. 32000), aber sonst keine detaillierten Zahlenangaben. Wenig, eigentlich sogar nichts, ist über den Grad der Fluktuation in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft bekannt, und zwar sowohl in der gesamten Partei als auch auf regionaler und lokaler Ebene. Eine Frage, die besonders angesichts der nach

¹⁸ Siehe Hartmut Zwahr, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1878, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987) 448–507.

¹⁹ Siehe Tabelle 4, in: ebda., 481–485.

²⁰ Siehe Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden (Berlin 1987) Bd. 1, 62 und 121 ff.; im folgenden zitiert: Fricke, Handbuch (1987) 1 und 2.

dem „Gründerkrach“ 1873 einsetzenden schweren Depression besonderes Gewicht hat, sich aber auch auf die folgenden noch zu behandelnden Perioden bezieht.

Zum anderen ermöglicht die Parteipresse einen gewissen Zugang. Das betrifft eine noch ausstehende, gründliche Auswertung der Berichte über den umfassenderen Gebrauch des Versammlungsrechts sowie die Bildung und Tätigkeit von örtlichen, Gau- oder Provinzialvereinen. Beachtenswert sind auch die Angaben über die Auflagenhöhe der Parteipresse, die zwischen 1876 und 1878 von 100 000 auf 160 000 bis 170 000 Exemplare anstieg. Allerdings handelte es sich gerade in dieser Periode um relativ viele Neugründungen, die nur kurze Zeit bestanden. Besonders nachteilig wirkt sich aus, daß ein detaillierter Überblick über die territoriale Verbreitung der Abonnenten fehlt, wie ihn „Der Volksstaat“ von 1869 bis 1873 für eine Reihe von Quartalen und der „Neue Social-Demokrat“ sporadisch veröffentlichte²¹. Angesichts der Bedeutung, die damals das Abonnement der Parteizeitung für einen organisierten Sozialdemokraten hatte, sind solche Angaben von großem Wert.

Schließlich ist die soziale Zusammensetzung und regionale Verteilung der sozialdemokratischen Wählerschaft aufschlußreich²². Dabei ist die von den Parteikongressen 1876 bis 1883 erfolgte Konzentration des Wahlkampfes auf „offizielle“ Reichstagswahlkreise, zu denen dann noch weitere „nichtoffizielle“ kamen, ebenso zu beachten wie die Zahl der Reichstagswahlkreise, in denen die Partei keine Stimmen erhielt (1874: 235, 1877: 224, 1881: 224, 1884: 179, 1887: 140) oder bei der Hauptwahl einen Stimmenanteil von mehr als 40 Prozent erzielte (1881: 8). Aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen 1881 schloß Friedrich Engels, daß sich der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Bewegung immer stärker aus den sächsischen halbländlichen Distrikten in die großen Industriestädte verlagerte und „aus einer auf ein paar lokale Zentren beschränkte, eine *nationale erst jetzt geworden war*“²³.

Die Aussagekraft von Wahlergebnissen ist durch eine Reihe von Umständen begrenzt, die sich zum Beispiel aus den mit dem jeweiligen Wahlrecht verbundenen beträchtlichen Einschränkungen der Zahl der Wahlberechtigten, den Wahlbedingungen und auch aus der Frage nach den „Stammwählern“ ergeben.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratischen Wähler nicht schlechthin mit den in der Partei organisierten Sozialdemokraten identifiziert werden können. Ihre Zahl vermittelt einen Eindruck und gibt wichtige Hinweise darauf, wie groß der Anteil der mit der Sozialdemokratischen Partei Sympathisierenden war. Diese „breite Schicht“ – breiter als die Partei und enger als die Klasse – übertraf jedoch schon allein infolge der durch das jeweilige Wahlrecht bedingten Ausklammerung von Frauen und den Männern unter 25 Jahren bei weitem die Zahl der sozialdemokratischen Wähler.

Um hier bereits auf einige zusammenfassende Gedanken einzugehen: Eine Analyse der territorialen Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation bedarf neben mehr punktuellen – zeitlichen oder regionalen – Untersuchungen eines komple-

²¹ Siehe diese Übersichten in: ebda., 1, 502–505, 511.

²² Siehe ebda., 2, 721–744.

²³ Engels an Eduard Bernstein, 30. November 1881, in: MEW, Bd. 35 (Berlin 1985) 237 f.

xen Herangehens, und zwar sowohl im Hinblick auf die vorhandenen Quellen, wie sie sich nicht unwesentlich, aber damit keineswegs vollständig aus den hier genannten drei möglichen Zugängen ergeben, als auch in bezug auf längsschnittartige, wenn möglich schon in den sechziger Jahren einsetzende und bis 1914 reichende Untersuchungen.

Letztere sind *relativ* leicht für einen Bundesstaat wie Sachsen; schon allein deswegen, weil hierfür verhältnismäßig viele Fakten vorliegen, wie etwa die nach den 23 Wahlkreisorganisationen gegliederte Aufzeichnung der Mitgliederbewegung seit 1901²⁴. Wesentlicher ist jedoch die Kontinuität, die das „rote Königreich“ auch in bezug auf die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens kennzeichnet. Als sich im Braunschweiger Ausschuß der SDAP eine gewisse Geringschätzung gegenüber den sächsischen Arbeitern zeigte, schrieb August Bebel am 12. Oktober 1869 an Wilhelm Bracke: „Der sächs[ische] Arbeiterstand ist republikanisch-sozialistisch durch und durch, aber auch nicht anti-preußisch, und das letztere hat man ihm als Partikularismus ausgelegt, was nichts war und ist als *richtiger politischer* Instinkt. Ich kann Euch auch weiter sagen, daß die Leute sonstige Geldopfer nicht scheuen, ... obgleich die Dürftigkeit und Armut sehr groß ist ... In Sachsen steht für den Tag der Tat unsere Hauptarmee; darauf verlaßt Euch.“²⁵

Solche Überlegungen treffen natürlich auch für die anderen Zentren der sozialistischen Arbeiterbewegung zu. Weitaus komplizierter ist dagegen eine Analyse der Teile des Deutschen Reiches mit schwachem oder fehlendem sozialdemokratischem Einfluß.

Für die *zweite Periode* von 1878 bis 1890 ist eine exakte Bestimmung der Entwicklung und Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation noch schwieriger. Außer den Wahlergebnissen, den internen Delegiertenlisten der drei Parteikongresse sind die im Motteler-Nachlaß vorhandenen Verzeichnisse über die Gesamtzahl der festen Abonnenten des „Sozialdemokrat“ und über die lokalen Verbreitungsgebiete besonders wertvoll.

Eine nicht unwichtige Ursache für die weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation spielte die Praxis der örtlichen Behörden, besonders aktive Sozialdemokraten auf Grund des Paragraphen 22 des Sozialistengesetzes bzw. des Paragraphen 2 des Freizügigkeitsgesetzes, des sogenannten Vagabundenparagraphen, aus jedem Ort auszuweisen. Dadurch wurde nicht selten eine beträchtliche Stärkung und Ausweitung des Einflusses der Partei bewirkt. Wie beispielsweise die Erinnerungen von Adolph Hoffmann zeigen, setzten die meisten Ausgewiesenen am neuen Aufenthaltsort ihre politische Tätigkeit fort und verpflanzten so die sozialdemokratische Bewegung auch in Gegenden, in denen die Sozialdemokratie bis dahin noch keinen oder nur einen geringen Einfluß gehabt hatte.

Über die Gesamtzahl der während des Sozialistengesetzes organisierten Sozialdemokraten gibt es keine Angaben. Erschwerend kommt hinzu, daß es eine illegale und

²⁴ Siehe *Fricke*, Handbuch (1987) 1, 314 f. (Tab. 35).

²⁵ *Georg Eckert*, Aus der Korrespondenz des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, in: Braunschweigisches Jahrbuch 45 (1964) 120 f.

eine legale Organisation – die sogenannte Äußere und Innere – gab. Die Annahme, daß die Partei 1890 etwa 75 000 Mitglieder hatte, beruht nur auf Schätzungen²⁶. Hingegen ist viel und Eindrucksvolles über die Schlagkraft der Parteiorganisation bekannt, und zwar sowohl im Reichsmaßstab, wenn etwa an die Rote Feldpost gedacht wird, als auch auf lokaler und regionaler Ebene. So verdeutlicht der eindrucksvolle Bericht von Wilhelm Schröder über eine unter den Augen der Polizei erfolgte Flugblattverteilung „in der kurzen Zeit von einer Viertelstunde von Ottensen über Wandsbek hinweg“²⁷, wie beweglich und aktionsfähig die Hamburger Parteiorganisation war.

In ihrer *dritten Periode* ist die sozialdemokratische Parteiorganisation zunächst durch lose Parteimitgliedschaften, öffentliche Versammlungen und das bereits seit den 60er Jahren infolge des Verbindungsverbots übliche Vertrauensleutesystem gekennzeichnet. Nach dem Hallenser Parteistatut von 1890 wurde jede Person als zur Partei gehörig betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms – und nicht zu diesem selbst – bekannte und die Partei nach Kräften unterstützte. Das Statut verpflichtete das Mitglied nicht, sich einer Parteiorganisation anzuschließen noch sich in ihr persönlich zu betätigen.

Wenn der Parteiorganisation zunächst „*alle Ecken der Bestimmtheit abgeschliffen*“ waren und sie gewissermaßen einer Molluske glich, „die jedem Griff ausweicht und bei allen Versuchen, sie zu fassen, unbeschädigt bleibt“²⁸, hatte das vor allem zwei Hauptursachen. Die eine lag in berechtigten taktischen Überlegungen, die sich wegen der reaktionären vereinsrechtlichen Bestimmungen und der drohenden Gefahr eines neuen Ausnahmegesetzes ergaben. Zum andern wurde das Überwinden überholter, hemmender Organisationsformen durch einige in der Partei noch nicht geklärte Probleme und theoretische Schwächen zu Grundfragen des Klassenkampfes erschwert. Dazu gehörten die zu starke Orientierung der Parteiorganisation auf die Vorbereitung und Durchführung des Reichstagswahlkampfes. Nicht wenige Sozialdemokraten waren gegen eine Veränderung der Organisation, weil diese für sie „den Nimbus“ besaß, mit ihr über das Sozialistengesetz gesiegt zu haben, so daß sie ihnen zu einem „Stück ihrer eigenen Vergangenheit und ihres eigenen Selbst“ geworden war²⁹. Bezeichnend ist auch der Widerstand, den in Hamburg zahlreiche Mitglieder gegen die Möglichkeit der Durchführung von Delegiertenversammlungen leisteten. Obwohl jeder der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs schon so groß geworden war – 1895 zählten sie insgesamt 12 625 Mitglieder –, daß Gesamtmitgliederversammlungen nicht mehr möglich waren, wollten sie darauf auch künftig nicht verzichten³⁰.

Die bereits wenige Jahre nach der Annahme des Hallenser Parteistatuts einsetzenden Reorganisationsbestrebungen, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung geför-

²⁶ Siehe Fricke, Handbuch (1987) 1, 305.

²⁷ Wilhelm Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland (Dresden 1912) 36.

²⁸ Dittmann, Zur Neugestaltung, 382.

²⁹ Ders., Erinnerungen (Manuskript) 115, in: IISG Amsterdam. Siehe ders., Von unserer Parteiorganisation in Deutschland, in: Der Kampf, Bd. 2 (1908/09) 500.

³⁰ Siehe Johannes Schult, Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919 (Hannover 1967) 37.

dert wurden, führten unter Beibehaltung des Vertrauensleutesystems zu einer allmählichen Entwicklung von Wahlkreisorganisationen und zum Ausbau regionaler Organisationsformen. Für die Wahlvereine war besonders charakteristisch, daß sich ihre innere Organisationsstruktur ausprägte und verschiedentlich eine – allerdings in der Regel unsystematische – marxistische Bildungsarbeit in Lese- und Diskutierklubs erfolgte³¹.

Ansätze zu geschlossenen Parteiorganisationen auf der Ebene von Bundesstaaten und Provinzen hatte es bereits in den siebziger Jahren gegeben. Die SDAP verfügte über Organisationen im Landesmaßstab, vornehmlich in Gestalt von Landesagitationskommissionen und Landes- und Bezirksversammlungen. Nach dem Beschluß des Stuttgarter Kongresses der SDAP 1870 sollten diese der „Heranziehung der ländlichen Bevölkerung“ dienen, „eine schnelle und straffe Organisation und Zentralisation“ der Partei fördern und die Reichstagswahlen mit vorbereiten helfen. Der Mainzer Kongreß 1872 wertete die mit Bezirksagitationskomitees gemachten guten Erfahrungen aus und beschloß, sie allgemein für die SDAP einzuführen³².

Entsprechend diesen Traditionen und den auch unter dem Sozialistengesetz in vielen Teilen des Reiches üblich gewordenen Landes- und Provinzialparteitagungen wurden diese seit 1890 regelmäßig und nun sich über das ganze Reich erstreckend durchgeführt. Seit Mai 1893 ging die Partei systematisch dazu über, jeweils mehrere Reichstagswahlkreise unter der Leitung eines Agitationskomitees zu einem Agitationsbezirk zusammenzufassen. Zunächst für den Reichstagswahlkampf gedacht, entwickelten sich die Agitationskomitees bald zu Institutionen, die faktisch zwischen der zentralen Leitung und den einzelnen Wahlkreisorganisationen standen. Für das weitere Wachstum und die Festigung der sozialdemokratischen Parteiorganisation gewannen sie eine große Bedeutung. Das betraf besonders die Organisierung und Leitung der sozialdemokratischen Landagitation. Obwohl also nicht nur für den Wahlkampf gedacht, dominierten vielfach dessen Erfordernisse. Nicht zu übersehen ist weiterhin, daß diese regionalen Organisationsformen die Gefahr dezentralisierender Tendenzen in der Partei erhöhten. Bezeichnend ist hierfür, wie Martin Segitz auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Bayerns 1898 deren föderative Gliederung in Gestalt von Gauorganisationen begründete.

Aus den Agitationsbezirken gingen zumeist die dann vom Jenaer Parteitag 1905 geschlossenen Bezirksorganisationen hervor. Während deren Genese im einzelnen regionalgeschichtlich verschiedentlich schon gründlich untersucht und dargestellt worden ist, steht das für sie im Rahmen der Gesamtpartei – und ähnlich trifft das auch für die regionale Parteipresse zu – noch aus. So war es nicht leicht, einen einigermaßen

³¹ Siehe z. B. das Protokollbuch des Arbeiterbildungsvereins zu (Berlin-)Friedrichsberg, beziehungsweise seit 1899 des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Lichtenberg-Friedrichsberg, in: Historische Kommission zu Berlin (West), ABI, Mappe A 15/2. – Siehe auch *Fricke*, Handbuch (1987) I, 674 ff.

³² Siehe ebda., 59 ff.

vollständigen Überblick über die Herausbildung der Bezirksorganisationen und deren Parteitage zu erarbeiten³³.

Obwohl das Verbindungsverbot bereits 1899 aufgehoben worden war, gab sich die deutsche Sozialdemokratie erst auf ihrem Jenaer Parteitag 1905 ein neues Parteistatut, das mit dem nun erst erfolgten Fortfall des Vertrauensleutesystems eine straffere und geschlossene Organisation vorsah. Damit setzte die *vierte Periode* in der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation ein.

Die in Jena beschlossene neue Organisationsstruktur brauchte eine gewisse Zeit, um sich durchzusetzen. Noch 1909 bestand in 20 Reichstagswahlkreisen das Vertrauensleutesystem und hatte der Parteivorstand zu elf anderen keine organisatorischen Beziehungen.

Infolgedessen sind die Angaben, die seit dem Berichtsjahr 1905/06 für die Gesamtmitgliederzahl gemacht und die durch die mit dem Jenaer Statut festgelegte Organisationspflicht jedes Sozialdemokraten ermöglicht wurden, für die ersten Jahre nicht vollständig. In der Parteistatistik fanden weiterhin nur die Mitglieder Berücksichtigung, für die ein voller Jahresbeitrag abgerechnet worden war. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder fehlte deshalb in der Statistik, weil er wegen Wohnortwechsel, Einberufungen zum Militär, Arbeitslosigkeit, Streiks und Aussperrungen weniger als 12 Monatsbeiträge entrichtet hatte.

Diese Einschränkungen sind jedoch im Vergleich zu der Aussagekraft unwesentlich, die das für 1906 bis 1914 vorliegende zentrale statistische Material hat, wobei es noch wesentlich durch die Daten ergänzt wird, die seit den neunziger Jahren in zunehmendem Maße in den Rechenschaftsberichten von lokalen und regionalen Parteiorganisationen beziehungsweise in Quellen staatlicher Provenienz enthalten sind. In Verbindung mit den Reichstagswahlergebnissen und den Angaben über die Zahl der Abonnenten der Parteipresse erlauben sie einen guten Einblick in grundlegende Prozesse des Wachstums und der Strukturveränderungen der sozialdemokratischen Parteiorganisation.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wäre für die Periode von 1905 bis 1914 unter anderem auf die folgenden Problemkomplexe hinzuweisen.

Erstens. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte sich besonders seit der Jahrhundertwende zu einer Partei mit Massencharakter, die hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Wähler und der „breiten Schicht“ der mit ihr Sympathisierenden alle anderen Parteien weit hinter sich ließ.

Jedoch darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß von der Gesamtzahl der Arbeiter, die es im Deutschen Reich nach den amtlichen Erhebungen von 1895 und 1907 gab, nicht mehr als 1 beziehungsweise 4,5 Prozent in der Sozialdemokratischen Partei organisiert waren. Wird nur die Zahl der in der Industrie und im Handwerk beschäftigten Arbeiter zugrundegelegt, so betrug der Anteil etwa 2 beziehungsweise 7 Prozent.

³³ Siehe ebda., 274–283. – Dem Genius loci seien die folgenden Ergänzungen auf S. 279 geschuldet: Der erste Gautag fand für Südbayern am 25. März 1899 in München und für Nordbayern am 11. Februar 1899 in Bamberg statt. Für den Gau Pfalz wurden am 3. September 1899 und am 18./19. August 1900 Gautage durchgeführt.

Eine Ausnahme stellte Groß-Berlin dar, wo 1906 11,6 Prozent der organisationsfähigen Arbeiter der Partei angehörten.

Diese Angaben schmälern nicht die hervorragenden organisatorischen Leistungen, sondern lassen sie vielmehr noch deutlicher hervortreten. Sie sollen auch nicht der Auffassung das Wort reden, als ob die zahlenmäßige Größe einer Arbeiterorganisation automatisch auch zu deren „Machtentfaltung“ führen oder zunächst erst die Masse der Arbeiter organisiert sein müsse, ehe überhaupt eine proletarische Revolution durchgeführt werden könnte.

Wenn hier auf die Relation zwischen organisierten Sozialdemokraten und der Gesamtzahl der Arbeiter eingegangen wird, so wurde stillschweigend vorausgesetzt, daß es sich bei der deutschen Sozialdemokratie nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft um eine Arbeiterpartei handelte³⁴. Die damit verbundene Frage, welche Teile der Arbeiterklasse von ihr organisatorisch erfaßt wurden und welche nicht sowie welche möglichen Veränderungen hier zwischen 1875 und 1914 erfolgten, ist bisher nur im Ansatz erforscht worden. Das liegt nicht zuletzt an der Quellenlage. Über Jahrzehnte reichende Verzeichnisse über die berufliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft, wie sie von 1898 bis 1914 etwa für die drei Hamburger Sozialdemokratischen Vereine vorliegen, oder die von der Groß-Berliner Parteiorganisation für Ende 1906 erfolgten umfangreichen statistischen Erhebungen stellen neben einigen wenigen anderen eine Ausnahme dar³⁵.

In Verbindung mit solchen Angaben gewinnen die von der deutschen Sozialdemokratie erzielten Wahlergebnisse weiter an Aussagekraft.

Hatte 1881 die Zahl der Reichstagswahlkreise, in denen bei der Hauptwahl über 40 Prozent aller Wahlberechtigten für sozialdemokratische Kandidaten stimmten, 8 betragen, so erhöhte sie sich bis 1912 auf 93, und mehr als 60 Prozent waren es 1912 in vier Wahlkreisen. Dabei lag die Relation zu den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen noch weit günstiger. Berlin 4 und 6 kamen hier immerhin auf 82,37, beziehungsweise 80,77 Prozent sozialdemokratischer Stimmen.

Zweitens blieb die territoriale Verteilung der sozialdemokratischen Mitglieder weiterhin äußerst unterschiedlich. Während die Bezirke Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Pommern an der Gesamtmitgliederzahl 1914 mit zusammen 2,58 Prozent beteiligt waren, hatten die Bezirke Groß-Berlin, Hamburg, Dresden und Schleswig-Holstein allein einen Anteil von 28,4 Prozent. 1913 verfügte ein Drittel (129) der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen mit jeweils unter 300 Mitgliedern über insgesamt 1,53 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Hingegen war in den 18 größten (4,53 Prozent) mehr als ein Drittel (36,53 Prozent) der Mitglieder organisiert.

Die Wahlergebnisse lassen den gleichen Trend erkennen. Obwohl der sozialdemokratische Stimmenanteil in den ländlichen Gebieten absolut zunahm, erhöhte sich von einer Reichstagswahl zur anderen die Zahl der sozialdemokratischen Wähler aus den größeren Städten und industriellen Gebieten mit städtischem Charakter. Bei den Reichstagswahlen von 1890 erhielt die Partei hier bereits 53,3 Prozent aller für sie ab-

³⁴ Siehe *Fricke*, Handbuch (1987), 316–335.

³⁵ Siehe *ebda.*, 320–334.

gegebenen Stimmen. Werden noch die ländlichen industriellen Gebiete mit einem Stimmenanteil von 19,6 Prozent hinzugenommen, dann wird deutlich, daß fast Dreiviertel der sozialdemokratischen Wählerschaft in den größeren Städten oder zumindest in industriellen Gebieten lebten. Die verbleibenden 27,1 Prozent verteilten sich auf Wahlkreise mit einer vorherrschend landwirtschaftlich geprägten Struktur, und zwar mit vorwiegendem Großgrundbesitz (15,4 Prozent) und mit verbreiteter groß- beziehungsweise kleinbäuerlicher Wirtschaft (4,9 beziehungsweise 6,8 Prozent)³⁶.

Bis zur Reichstagswahl 1912 hatte sich dieses Verhältnis weiterhin wesentlich zugunsten der städtischen und industriellen Gebiete verändert: 43,1 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen entfielen auf 68 großstädtische Wahlkreise mit 4 942 446 Wahlberechtigten; 30,8 Prozent auf 116 mit über 50 Prozent städtischer Bevölkerung und 4 289 114 Wahlberechtigten; 18,8 Prozent auf 143 mit 50 bis 75 Prozent ländlicher Bevölkerung und 3 585 041 Wahlberechtigten; 7,7 Prozent auf 70 Wahlkreise mit mehr als 75 Prozent ländlicher Bevölkerung und 1 625 956 Wahlberechtigten³⁷.

Drittens. Mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Parteiorganisation veränderte sich wesentlich das Verhältnis zwischen den Mitgliedern mit einem relativ hohen Parteialter und denen, die erst kürzere Zeit der Partei angehörten. Von etwa 40 000 Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisation gehörten dieser Ende 1906 an (in Prozent):

ein Jahr	35,95	6–10 Jahre	13,88
2–3 Jahre	26,32	11–18 Jahre	5,34
4–5 Jahre	18,41		

Von den 7205 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg waren 1912 in ihm 8,14 Prozent seit 10 bis 12 Jahren und jedoch 48,61 Prozent erst seit 1910 organisiert.

Obwohl es keine zentralen Angaben über die Mitgliederfluktuation gibt und auch die Zahl der Neuaufnahmen, wenn von den Krisenjahren abgesehen wird, die der Abgänge bei weitem übersteigt, wird diese zwar keineswegs so hoch gewesen sein wie bei den freien Gewerkschaften. Daß sie jedoch nicht unbeträchtlich war, zeigen verschiedentlich die Rechenschaftsberichte der Wahlkreisorganisationen.

Die Ursachen für die Mitgliederfluktuation lagen nicht nur in einer oft zu schwachen Bindung an die Partei, sondern sie resultierten gerade für die lokalen Organisationen auch aus dem hohen Mobilitätsgrad der Arbeiterklasse, was die Binnenwanderung von den ländlichen in die städtischen, industriellen Gebiete einschloß. So wurde auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Pommerns 1910 darüber geklagt, „daß wir zwar fortwährend agitieren und organisieren, aber der Früchte unserer Arbeit nicht teilhaftig werden“. In allen Wahlkreisen wären viel mehr Mitglieder gewonnen worden, als sie die Landesparteiorganisation aufwies, aber sie seien wieder verlorengegangen, „weil der größte Teil den heimatlichen Staub von den Pantoffeln schüttelte und sich in einer fortgeschritteneren Gegend einen neuen Wirkungskreis suchte. ...

³⁶ Siehe *Hellmut Hesselbarth*, *Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus* (Berlin 1968) 24 f.

³⁷ Siehe *A. Kolb*, *Die Sozialdemokratie in Stadt und Land*, in: *Die Neue Zeit* (30.2) 1911/1912, 60 f.

Nachdem sie eine Zeitlang mit uns gekämpft haben, ziehen sie es vor, uns den Rücken zu kehren, um in einen anderen Landesteil überzusiedeln.“³⁸

Viertens. Das außergewöhnliche Erstarken der sozialdemokratischen Parteiorganisation in der Vorkriegsperiode war in entscheidendem Maße das Ergebnis einer aufopferungsvollen Kleinarbeit Zehntausender Mitglieder und Funktionäre. Sie handelten damit im Sinne einer Forderung der Partei, die im Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Bremen für 1906/1907 wie folgt formuliert wurde: „Eine jederzeit schlagkräftige und leistungsfähige Organisation zu schaffen und zu erhalten, dafür zu sorgen, daß die Verbreitung von Flugblättern oder sonstigem Agitationsmaterial an die Bevölkerung in möglichst kurzer Zeit und dabei doch mit der größten Gewissenhaftigkeit erfolgt, daß ferner unsere ständige Werbearbeit für Partei und Presse in recht rationeller, systematischer Weise vorgenommen wird, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Parteigenossen.“³⁹ Die von der deutschen Sozialdemokratie organisierten Massendemonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht – besonders auch der Trepptower „Wahlrechtsspaziergang“, bei dem 2500 sozialdemokratische Bezirksführer ein Glanzstück an Organisationsarbeit leisteten, – sind ein Beispiel dafür, welche Kraft in der sozialdemokratischen Parteiorganisation vorhanden war.

Obwohl jedoch die Partei nach außen ein imponierendes Bild der Einheit und Geschlossenheit bot, war ihr Wachstum zunehmend von folgenschweren Widersprüchen begleitet.

Sie äußerten sich zum einen in der Tendenz einer Verflachung der Partei. Am 2. März 1897 notierte Bruno Schoenlank in sein Tagebuch: „Unsere Bewegung, das schreibe ich aufgrund einer fast fünfzehnjährigen Tätigkeit und Beobachtung, wird täglich weiter und breiter, aber auch flacher und seichter.“⁴⁰ Zehn Jahre später mußte Clara Zetkin in einem Artikel über den Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart konstatieren: „Nicht durch die reichsten Kassen, nicht durch die zahlreichsten Wählermassen, nicht durch die stärksten Organisationen allein, so hochwichtig diese sind, behält man die Stellung des Vordertrupps im internationalen Sozialismus: die klarste, revolutionärste Position im großen Meinungskampf der Gegenwart gehört unbedingt auch dazu.“⁴¹

Abgesehen davon, daß sich mit der weiteren Zuspitzung der Klassenseinsetzung die einseitige Orientierung der Parteiorganisation auf Erfordernisse des parlamentarischen Kampfes als immer hemmender erwies, mehrten sich die Anzeichen dafür, daß sie zu stagnieren und erstarren begann. Nach dem Abbruch der Wahlrechtskämpfe durch den Parteivorstand und die Generalkommission wies Rosa Luxemburg im Sommer 1910 warnend darauf hin, es „könnte sich leicht herausstellen,

³⁸ Protokoll über die Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei Pommerns. Abgehalten am 21., 22. und 23. August 1910 zu Stettin (Stettin 1910) 15 f.

³⁹ Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Bremen für den Zeitraum vom 1. Januar 1906 bis 30. Juni 1907 (Bremen 1907) 4.

⁴⁰ Paul Mayer, Bruno Schoenlank 1859–1901. Reformator der sozialdemokratischen Tagespresse (Hannover 1971) 105.

⁴¹ Clara Zetkin, Der Internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1 (Berlin 1957) 364.

daß der komplizierte Organisationsapparat und die strenge Parteidisziplin, auf die wir mit Recht stolz sind, leider nur für den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltag ein ausgezeichneter Notbehelf, daß sie aber bei der gegebenen Beschaffenheit unserer leitenden Kreise ein *Hindernis* für die Massenaktion großen Stils sind, wie sie die kommende Ära der stürmischen Kämpfe erfordert“⁴².

Zum andern: Am Vorabend des ersten Weltkrieges war die Partei bereits innerlich so sehr zerklüftet, daß es immer fraglicher wurde, von *der* deutschen Sozialdemokratie zu sprechen. Wilhelm Koenen erinnert sich, daß er mit anderen jungen Sozialdemokraten in Königsberg „arg erschrocken“ war, als ihnen der Delegierte Alfred Gottschalk intern von seinen Eindrücken vom Leipziger Parteitag 1909 berichtete und seufzend erklärte: „Eigentlich sind wir schon zwei Parteien, die nur noch aus Gewohnheit und Disziplin zusammenhalten.“⁴³

Die damit angedeuteten Probleme⁴⁴ sind sehr vielschichtig und berühren grundsätzliche und in mancher Hinsicht konträre Positionen, die bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingenommen werden. Aber sie gehören zu dem, was bei diesem Referat und auch dem gesamten Kolloquium gewissermaßen mit unter dem Strich steht.

⁴² *Rosa Luxemburg*, Die Theorie und die Praxis, in: Gesammelte Werke, Bd. 2 (Berlin 1986) 419f.

⁴³ IML (Berlin), ZPA, NL 74/29.

⁴⁴ Siehe *Fricke*, Handbuch (1987) 1, 285–301.